

Die derzeitige Lage in der DDR erschwere den Handel, konstatierte der chinesische Handelsrat. Unternehmen seines Landes hätten den Antrag gestellt, in Ost-Berlin eigene Büros zu eröffnen, um nach Wegfall des staatlichen Außenhandelsmonopols in der DDR die Vertragsanbahnungen in die eigenen Hände zu nehmen. Doch im rechtsfreien Raum der DDR gäbe es noch mehr bürokratische Hindernisse als alles andere. Andererseits hätten DDR-Unternehmen wie Carl Zeiss Jena seit langem die Möglichkeit, über eigene Büros in Beijing Marketing zu betreiben. Heute seien diese Büros sogar die einzige Adresse für Geschäftsgespräche. Der DDR-Handelsrat in Beijing sei jetzt nichts mehr als eine Repräsentationsfigur.

Die DDR habe bis zum 30. Juni 1990 versucht, möglichst viel von ihren Lieferverpflichtungen des Gesamtjahres zu erfüllen. Mit etwas mehr als 50% sei ihr dies auch gelungen. Yang nannte als Beispiele Mährescher, Lastkraftwagen und vor allem Kühlwagons. Für letzteres Produkt habe man einen Fünfjahresvertrag über 1.000 Stück, der zum Jahresende auslaufe. Das Waggonwerk Dessau habe noch einen Restposten von 285 Stück zu liefern. Ebenso ende eine staatliche Vereinbarung, die die Aus- und Weiterbildung von chinesischen Reparaturteams in Dessau vorsehe.

Doch gleichzeitig mit der Exportoffensive der DDR habe Ost-Berlin mit einer restriktiven Importpolitik begonnen. Immer weniger Absprachen des Jahresprotokolls würden von DDR-Importeuren mit Verträgen untersetzt. Begründet werde dies mit einer veränderten Verbrauchermentalität nach Öffnung der Westgrenzen. Dies erfordere in China sicher ein Umdenken. Zunächst werde es weniger Absatzmöglichkeiten geben, aber nach der Vereinigung erwartet der Handelsrat neue Chancen in einem größeren Markt. (HB, 27./28.7.90) -lou-

\* (24)

#### Erstes Joint Venture zwischen VR und UdSSR

Die Volksrepublik China und die UdSSR haben sich im Rahmen der von ihnen angestrebten Wirtschaftsannäherung auf die Bildung eines Joint Venture für die Herstellung von Leinenerzeugnissen in der Inneren Mongolei

verständigt. Das von beiden Seiten vereinbarte Vorhaben stellt das erste sino-sowjetische Gemeinschaftsunternehmen in China dar, nach dem sich die Firmenkooperation bislang auf die gemeinsame Unterhaltung von rd. 20 Betrieben, vornehmlich Restaurants, in der UdSSR beschränkt hatte.

Den getroffenen Absprachen zufolge wurde als Standort für die geplante Produktionsstätte mit einer angrenzenden umfangreicheren Flachsanbaufläche die ca. 250 km südlich der chinesisch-sowjetischen Grenze gelegene Stadt Baotou ausersehen. Vertragsgemäß soll die nach ihrer Inbetriebnahme (1992) auf eine Jahresproduktion von 4 Mio. Meter bedrucktem Leinens ausgelegte Anlage mit insgesamt 100 Spinnmaschinen für den Betrieb von 7.100 Spindeln ausgerüstet werden. Für die technische Ausstattung werden vier Spezialfirmen aus der UdSSR sorgen, während von chinesischer Seite der Bau der Fabrik übernommen wird.

Dem Vernehmen nach soll sich diesem ersten Joint Venture in China auf der Grundlage sowjetischen Know-hows in Kürze eine Reihe weiterer Gemeinschaftsgründungen anschließen. Den Auftakt hierfür würde eine engere Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich der Textilherstellung und -verarbeitung vornehmlich in den an die UdSSR angrenzenden Gebieten der VR China bilden.

Vertreter der VR China und der UdSSR haben gegenseitige Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua wurden die Abkommen im Anschluß an eine sechstägige Konferenz des chinesisch-sowjetischen Kooperationsausschusses für Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie abgeschlossen. (NfA, 19.7. u. 25.7.90) -lou-

---

## Binnenwirtschaft

---

\* (25)

#### Fünfpunkteplan zur Regulierung der Wirtschaft

Am 11.7.1990 verkündete Premierminister Li Peng einen Fünfpunkteplan zur Regulierung der Wirtschaft. Wie Li ausführte, stagnierten die Einzelhandelsumsätze, gebe es überschüssige

Lagerbestände an industriellen Produkten, sei die Produktivität gering; hinzu komme, daß die Staatseinnahmen unzureichend seien.

Deshalb habe die Regierung, so Li, einen Fünfpunkteplan für die nächsten sechs Monate angenommen:

- Reduzierung der Zinssätze für Kredite an staatliche Unternehmen, um ihre Schuldenlast zu verringern; Kontrolle des Preisniveaus.
- Die Inflationsrate soll unterhalb einer jährlichen Rate von 10% gehalten werden.
- 5-Mrd.-Yuan-Kredite an Unternehmen sollen zur Verfügung gestellt werden, um Energie und Rohmaterialien einzusparen und neue Produkte zu entwickeln.
- Lösung des "Schuldendreiecks", wonach bankrotte Unternehmen nicht zahlen oder Schulden eintreiben können.
- Sicherstellung einer guten Herbst-ernte und Verhinderung von Überschwemmungen.

Das Sparprogramm der Regierung hatte zwar die Inflation von den Rekordhöhen heruntergeholt, jedoch gleichzeitig dazu geführt, daß die Produktion stagniert und die Arbeitslosigkeit steigt.

Der Plan zielt darauf hin, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Die Gefahr ist aber nicht aus der Welt geschafft, daß mit einem solchen Programm wiederum die Inflation angeheizt wird. (IHT, 12.7.90) -lou-

\* (26)

#### Finanzminister warnt vor Optimismus

Chinas Industrie erholt sich nur langsam von den einschneidenden Folgen der Konsolidierungs- und Sparpolitik, die bereits Ende 1988 unter der Überschrift der Inflationsbekämpfung eingeleitet worden war. Obwohl die Produktionsziffern im Monat Juni 1990 zum erstenmal wieder deutlich anzogen, warnte Finanzminister Wang Bingqian vor vorschnellem Optimismus und beschrieb die gesamte binnenwirtschaftliche Lage als "immer noch ziemlich kritisch".

Die Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung im 1. Halbjahr 1990 mit einem Anstieg des Einzelhandelspreisindex um nur noch 3% wurden als Zeichen gewertet, daß die rezessive Phase überwunden sei und es nun aufwärts gehe. Nachdem der industrielle Pro-

## CHINA aktuell

duktionswert im Januar um 6% dramatisch gefallen war, wurde für Juni 1990 zum erstenmal wieder ein signifikanter Anstieg um 5,9% verzeichnet. Für die erste Jahreshälfte ergibt dies laut Statistik insgesamt ein bescheidenes Wachstum von 2,2%.

Insgesamt sieht das Bild jedoch weniger vorteilhaft aus, und es zeigt sich, daß es sich noch keineswegs um einen selbsttragenden Aufschwung handelt, sondern um das Ergebnis einer Stimulierung durch einige kräftige staatliche Kapitalinjektionen seit Jahresbeginn. Unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Rezession und der Gefahr, das für 1990 angepeilte Wachstumsziel von 6% auch nicht annähernd erreichen zu können, hat die Regierung die Kreditrestriktionen gelockert und will sich offenbar auch für den Rest des Jahres daran halten. So will die Zentralbank für das ganze Jahr Kredite in Höhe von 55 Mrd. Yuan zur Verfügung stellen und die ursprünglich festgesetzte Quote damit um fast das Doppelte überschreiten.

Mit dem Versuch der Konjunkturbelebung, dem auch Ministerpräsident Li Peng das Wort redet, sieht sich Finanzminister Wang plötzlich in der Rolle des einsamen Mahners. In seiner Rede, die er vor einer Landeskonzferenz zu Haushaltsfragen in Beijing hielt, warnte er Anfang Juli vor einem abermaligen Rückfall in den Teufelskreis von Inflation, Konsolidierung und erneuter Inflation, wie ihn China zuletzt 1986 nach dem damals vorzeitigen Abbruch der wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik durchexerziert hatte.

In diesem Zusammenhang stellte der Minister den bisherigen Vollzug des Haushalts für 1990 als "nicht befriedigend" dar. Trotz dem beschlossenen Nullwachstum überstiegen nach seinen Angaben die Ausgaben in den ersten sechs Monaten die des ersten Halbjahres 1989 bereits um 12%. Die Einnahmen aus dem Inland, die weniger als 40% des Haushalts ausmachen, nahmen demgegenüber um 10,5% zu.

Die Situationsbeschreibung des Finanzministers warf auch ein bezeichnendes Licht auf die Leistungen vor allem der Staatsindustrie, die zwar dank neuen Krediten und bevorzugter Versorgung mit Rohstoffen wieder mehr produziert, ihre Erzeugnisse auf dem nach wie vor flauen Markt aber nicht absetzen kann und immense Verluste einspielt.

Wie Wang ausführte, ging der Umsatz der Staatsunternehmen gegenläufig zum allgemeinen Produktionszuwachs in den ersten fünf Monaten des Jahres 1990 um 2,4% zurück. Bei den Gewinnen gab es sogar einen dramatischen Absturz um 59,4%. Der Anteil der Staatsbetriebe, die mit Verlusten arbeiten, vergrößerte sich mittlerweile von 20% auf 34%, und dementsprechend blähten sich die Defizite von 5,7 Mrd. auf 10,7 Mrd. Yuan gewaltig auf. (NZZ, 15.7.90) -lou-

\*(27)

#### Aktionärssystem befürwortet

Zheng Hongqing, der Chef des Amtes für Allgemeine Programmentwürfe innerhalb der Zentralen Kommission für die Umstrukturierung der Wirtschaft, erklärte, daß trotz der großen Leistungen in Chinas Wirtschaftsreform während der letzten Dekade der traditionellen wirtschaftliche Rahmen im wesentlichen intakt geblieben sei. In absehbarer Zeit würde sich die Wirtschaft in einer Lage finden, in der es schwierig sei, weiter voranzuschreiten.

Zheng sagte, die Priorität der Wirtschaftsreform solle darin bestehen, daß die Wirtschaftsverwaltung verbessert würde. Er sagte voraus, daß sich im Rahmen der Reform ein System von Aktiengesellschaften herausbilden würde.

Bislang sei die vorwiegende Form der industriellen Verwaltung das vertragliche Verantwortlichkeitssystem, nach dem die Regierung Unternehmen auf vertraglicher Basis Managern überläßt und dafür einen gewissen Anteil der Gewinne erhält. Manchmal sehen diese Verträge vor, daß die Unternehmen keine Steuern zu zahlen haben.

Zheng merkte an, daß die Zentralregierung einige Verwaltungsbefugnisse an die lokalen Behörden übergeben habe. Dennoch würden die Regierungen, ob auf der zentralen oder der lokalen Ebene, immer noch zuviel Einfluß hinsichtlich der Geschäftsabläufe und Transaktionen nehmen. Es habe niemals eine klare Formel darüber gegeben, wie die Steuereinnahmen zwischen den beiden Ebenen der Regierung zu verteilen seien. Deswegen habe das Schatzamt der Regierung große Schwierigkeiten, mit dem ausufernden Budget fertig zu werden und einige Industrieunternehmen vor dem

Konkurs zu bewahren. Auch sei die industrielle Effizienz von der zweiten Hälfte des Jahres 1989 ständig gesunken.

Nach den Aussagen von Zheng läge die Priorität bei künftigen Reformen darin, die Verwaltung der Industrieunternehmen zu verbessern. Er sagte voraus, daß das Schwergewicht sich letztendlich auf ein System von Aktiengesellschaften verlagern würde, in denen der Staat als der größte Aktionär fungieren werde.

In einem solchen System würde der Staat seine Vertreter im Unternehmen haben, während die Manager vor Ort ihre eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen frei von Regierungskontrolle treffen könnten. In der Weise, wie die Unternehmen sich nach und nach von der Regierung lösen würden, werden sie Steuern an den Staat zahlen. Diese Steuern werden zwischen den zentralen und lokalen Regierungen entsprechend einer festen Struktur aufgeteilt. Gleichzeitig würde der Staat als wichtigster Eigentümer einen Gewinnanteil erhalten.

Was den Markt anbetrifft, so erklärte Zheng, daß nur nach einer Umformung des industriellen Verwaltungssystems nach den Prinzipien der fairen Konkurrenz ein stabiles Preissystem errichtet werden kann. Dies würde auch zu weniger offizieller Profitmacherei führen und die Macht des Geldes wirksam in Schranken halten.

Zheng erklärte, daß unverzichtbar für einen funktionierenden Markt die folgenden Faktoren wären: Eine unabhängige Zentralbank, die Konkurrenz zwischen Handelsbanken, ein voll entwickeltes Steuersystem, ein System von Gesetzen und Regelungen sowie verschiedene modernisierte, transregionale und abteilungsübergreifende Vermarktungsorganisationen.

Wenn dann die Unternehmen nur für sich selbst verantwortlich sind, während der Staat nicht länger für bankrotte Unternehmen und die Arbeitslosen verantwortlich ist, ergibt sich die Notwendigkeit eines umfassenden Sozialversicherungssystems. (CD, 26.7.90) -lou-

\*(28)

#### Reform der Investbauverwaltung gefordert

Mängel in der Art und Weise, wie der Investbau durchgeführt und koordiniert

niert wird, könnten zu einem Hindernis für das wirtschaftliche Anpassungsprogramm werden. Dies ist der Tenor eines Artikels, der von Hei Wei geschrieben wurde und in der *Wirtschaftstageszeitung* vom 22. Juni 1990 erschien.

In der Hochphase der Wirtschaftsreformen während der mittleren 1980er Jahre wurde das System der zinsfreien Finanzzuweisungen an die Betriebe auf das System der Mittelzuweisung durch von der Regierung genehmigte Bankkredite verändert. Das Ziel war, in den Betrieben die Verantwortlichkeit für die Nutzung öffentlicher Fonds zu stärken und sie zu ermutigen, die Effizienz zu verbessern. Was jedoch als ein wichtiger Schritt vorwärts erschien, stellte sich später als fehlerhaft heraus.

Der Fehler, so der Autor des Artikels, beruht darauf, daß der Wechsel des Systems keine praktische Bedeutung hatte. Es war immer noch die Zentrale Planungskommission, die in der Lage war, über die Investbauinvestitionen zu entscheiden. Die Banken dienten nur als Zahlstelle der Regierung; es war ihnen nicht erlaubt, eigene Kreditprogramme durchzuführen.

Gleichzeitig traten große Ungleichheiten zwischen den Betrieben auf. Diejenigen, die zinsfreie Zuweisungen vom Staat erhalten hatten, brauchten sich nicht darüber Gedanken zu machen, wie diese Mittel zurückzahlen waren. Jene jedoch, die als Pioniere der Reform aufgetreten waren, mußten die Kredite und die Zinsen zurückzahlen und hatten des weiteren auch die gleichen finanziellen Beiträge an den Staat zu leisten. Dies zwang die letztgenannten Unternehmen, ihren Verpflichtungen auf mannigfache Art und Weise zu entgehen. Die übliche Praxis bestand darin, die Kredite vor Steuern zurückzahlen anstatt nach Steuern. Dies wiederum beeinträchtigte die Staatseinnahmen und brachte die Bedeutung der Reform auf praktisch Null.

Der Autor schlägt vor, eine drastische Reform in der Weise durchzuführen, daß die gesamten Kapitalinputs, die die staatseigenen Unternehmen erhalten haben, in Bankkredite umgewandelt werden, die dann mit Zinsen zurückzahlen sind. Die Vermögenswerte der Volksrepublik beliefen sich als Ergebnis der langen Bemühungen des Staates, in die Wirtschaft zu inve-

stieren, auf fast 1.000 Mrd. Yuan. Doch diese Vermögenssumme und Produktionskapazität seien nicht in effizienten Nutzen umgewandelt worden. Dies zeige sich durch die Probleme, die die großen und mittelgroßen staatseigenen Unternehmen nun hätten.

Ein Drittel des Anlagevermögens der Unternehmen läge brach, der Nutzen der anderen zwei Drittel sei nicht so effizient wie zuvor. Dies sei darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen ihre Produktion strikt nach den administrativen Befehlen auszurichten hätten. Ihnen sei niemals gestattet worden, die Struktur des Anlagevermögens oder der Produktionskapazitäten zu verbessern.

Immer noch sei es das Hauptanliegen der Wirtschaftsverwaltungen, ob die geplanten Produktionsquoten erfüllt würden. Die Effizienz individueller Unternehmen käme erst an zweiter Stelle in ihrer Prioritätenliste.

Dies entmutigt die Unternehmen hinsichtlich der Verbesserung des Managements und beeinträchtigt den Übergang von Produktionskapazität von den weniger effizienten Unternehmen und Bereichen der Wirtschaft auf die effizienteren Unternehmen bzw. Bereiche.

Zur Reform der Investbauverwaltung sei eine umfassende Untersuchung des existierenden staatlichen Anlagevermögens nötig. Es sei ebenso notwendig, verschiedene Investitionsbanken zu gründen, die das Kapital nach getrennten Konten der verschiedenen Regierungsverwaltungen überwachen und koordinieren. Es sei auch unvermeidlich, daß einige Unternehmen mit anderen zusammengeschlossen oder verkauft werden müßten. Auch sei die Möglichkeit von Konkursen zuzulassen. (CD, 20.7.90) -lou-

\*(29)

#### **Stahlindustrie: Produktionssteigerung, aber dennoch Probleme**

Die chinesische Stahlindustrie erzeugte im 1. Halbjahr 1990 mehr Stahl und Walzprodukte, als offiziell vorgesehen waren. Die auf dieser Basis zu erwartende Jahresfertigung wird die Nachfrage aber nicht ganz decken können. Staatliche Restriktionen und Liquiditätsengpässe bei den Verbrauchern bremsen die Importe.

Der Stahlausstoß erreichte in den ersten sechs Monaten 1990 32,1 Mio.t und rangierte damit um 10,2% über dem Vorjahresergebnis. Wird der Wert auf das Gesamtjahr hochgerechnet, kommt man auf eine voraussichtliche Produktion von 64,2 Mio.t - deutlich mehr als die im Plan fixierten und auf der Höhe von 1989 stagnierenden 61 Mio.t. Der Stranggußanteil an der Stahlherstellung wuchs im genannten Zeitraum von 14,8% auf 21,7% an. Die Walzstahlfertigung stellte sich per Ende Juni 1990 auf 25,3 Mio.t, das waren 9% mehr als in der Vergleichsperiode des Jahres 1989.

Der Glanz, den das unerwartet gute Ergebnis der chinesischen Stahlfertigung im 1. Halbjahr 1990 verbreitet, strahlt nur an der Oberfläche. Die Lösung grundsätzlicher Fragen, an denen der Industriezweig schon seit geraumer Zeit schwer trägt, läßt weiterhin auf sich warten.

Zu den Problemen gehört z.B. das zunehmende strukturelle Ungleichgewicht zwischen der Stahlerzeugung und der Versorgung der Produzenten mit Eisenerz. Dieses sei vor allem durch die kontinuierlich sinkenden Investitionen in die Metallergewinnung während der letzten 20 Jahre entstanden, hieß es in der Monatsschrift *China Market*. Es könne sich, sofern ihm nicht energisch und rasch begegnet werde, bald als Wachstumsbremse auswirken.

Demnach kamen im 7. Fünfjahresplan (1986-1990) nur 3,5% der insgesamt in den Eisen- und Stahlsektor investierten staatlichen Gelder dem Metallergewinnung zugute. Die Stahlproduktion wuchs, außer im Zeitraum des 4. Planjahres, nach Angaben aus dem Statistischen Jahrbuch jeweils stärker als die Erzeugung von Eisenerz.

Als zweiter Schwachpunkt wird die Betriebsgrößenstruktur kritisiert. Es heißt, kleine lokale Unternehmen hätten zahlenmäßig zu stark zugenommen, und dies behindere die Realisierung des staatlichen industriepolitischen Konzepts, das auf große und mittlere Firmen abstelle. Lokale Hersteller konsumierten, oft technisch schlecht ausgerüstet, überproportional viel Energie und Rohstoffe, die dann Staatsfirmen fehlten. Sie würden ferner eine umfassende Modernisierung der betrieblichen Anlagen und damit eine Steigerung der Produktivität erschweren.

Schließlich erweise sich auch das Produkt-Mix mehr und mehr als eines der zentralen Probleme. Die Walzstahlfertigung sei traditionell stärker auf die Erfordernisse des Investbaus als auf die Maschinenbauindustrie ausgerichtet; dies müsse geändert werden. So hätten 1989 kleiner Formstahl und Drahtmaterial noch ca. 50% Anteil an der Walzstahlherstellung gehabt. Für den Maschinenbau wären nach Abzug der Nachfrage aus dem Eisenbahnsektor und den sonstigen Bereichen nur rd. 35% übriggeblieben. (NfA, 18. u. 20.7.90) -lou-

\*(30)

#### Baumaterialindustrie

In den kommenden Jahren werde der Export chinesischer Baumaterialien eine Boomerperiode erleben. Li Tao-ping, der Direktor der Außenwirtschafts-abteilung der Zentralen Verwaltung für die Baumaterialindustrie, erklärte, daß die Weltmarktentwicklung sich günstig für die chinesischen Produzenten auswirke, die einen langfristigen Plan ausgearbeitet hätten, um diesem Trend zu folgen.

Zementexporte seien beispielsweise während der ersten vier Monate des Jahres 1990 um das Zehnfache gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres gestiegen. Insgesamt seien 640.300 t Zement in der Zeit von Januar bis April 1990 im Werte von mindestens 23,4 Mio. US\$ verkauft worden. Zum erstenmal habe die Volksrepublik auch im März 1990 6.595 t Zement nach Japan exportiert.

Um die Erfüllung des Exportplanes garantieren zu können, habe sich die Verwaltung entschlossen, einige Exportbasen für Baumaterial zu errichten. Dazu gehören drei Zementbasen, eine Anzahl von großen Glasfabriken und drei Porzellanbasen. Die Zementbasen sind die Bohai-Bucht-Basis, die Yangzi-Flußdelta-Basis sowie eine Basis in Südchina.

Zur Bohai-Bucht-Basis gehören zumindest drei große, moderne Zementfabriken in Dalian, Tangshan sowie Yantai. Die Fabriken in Dalian und Yantai haben jeweils eine jährliche Outputkapazität von 1,3 Mio.t Zement. Sie werden wahrscheinlich chinesisch-japanische Joint Ventures.

Große Zementfabriken werden ebenso in Nanjing und Xiamen gebaut. Chinesisch-ausländische gemeinsame Glasunternehmen werden in Xiamen, Tianjin, Qingdao, Qinhuangdao und Dalian gebaut.

Die drei großen Porzellanwaren-Exportbasen werden in Tangshan, Foshan sowie in Zibo (Provinz Shandong) gebaut.

Um die ausländische Zusammenarbeit und die Einführung von fortgeschrittener Technologie zu fördern, hielt die Verwaltung eine Zusammenarbeitsmesse in Hongkong ab, die vom 17. bis zum 20. Juli 1990 stattfand. Auf dieser Messe wurden den überseeischen Geschäftspartnern 160 Projekte vorgestellt, darunter 100 für ausländische Investitionen und 60 für die Zusammenarbeit hinsichtlich von Technologie und Ausrüstungen.

Experten sagten voraus, daß das Handelsvolumen von Baumaterialien im Jahre 2000 in der Welt zwischen 120-170 Mrd. US\$ betragen würde. Im Jahre 1990 benötige Thailand ca. 5,4 Mio.t Zement; die gleiche Menge ebenfalls im Jahre 1991. Hongkong wird ca. 4 Mio.t zu importieren haben, die Philippinen 1 Mio., Südkorea zwischen einer halben bis 1 Mio.t.

Li schätzte, daß im Jahre 1990 die Exporte der chinesischen Baumaterialindustrie ca. 1 Mrd. US\$ erreichen würden, dies sei ein großer Anstieg von den nur 228 Mio. US\$ im Jahre 1980. (CD, 8.7.90) -lou-

\*(31)

#### Mineralische Ressourcen sollen geschützt werden

Die Volksrepublik plant, strikte Kontrollen über die kostbaren mineralischen Ressourcen einzuführen und das chaotische System der Prospektierung und des Abbaus zu verbessern. Zuständige Kader schätzen, daß China mindestens 16 Mrd. Yuan durch unkontrollierte Abbaumethoden verloren habe.

Auf einer kürzlich stattgefundenen nationalen Konferenz über die Verwaltung mineralischer Ressourcen erklärten Kader des Ministeriums für Geologie und Mineralische Ressourcen, daß die ungesteuerte "Massenausbeu-

tung" in den letzten Jahren viele der mineralischen Ressourcen des Landes verwüstet hätten.

Die "Massenausbeutung" fand aufgrund einer früheren Regierungsent-scheidung statt, die es den Menschen auf dem Lande erlaubte, als Teil der Bemühungen, die lokale Wirtschaft zu stimulieren, ihre eigenen Ressourcen zu entwickeln. Später entwickelten sich die Aktivitäten von Kleinzechenförderung zur Massenausbeutung von wertvollen Materialien wie Gold oder anderen NE-Metallen - und zwar in Nichtbeachtung der staatlichen Restriktionen.

Die Teilnehmer der Konferenz forderten, daß während der nächsten zwei Jahre besondere Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Streitigkeiten hinsichtlich des Eigentums von 110 Zechen im Lande zu klären. Bestehende Unternehmen auf Dorfebene bzw. im Privatbesitz sollten reorganisiert werden.

Einige Experten warnten, daß mehr als zwei Drittel von Chinas Rohkohle sowie NE-Metallen verwüstet werden könnten, und zwar wegen der "plündernden Ausbeutung".

Eine Untersuchung der staatlichen Kohlegesellschaft fand heraus, daß während der letzten Jahre insgesamt 860 Mio.t Kohle im Werte von 1,6 Mrd. Yuan verloren gingen. Zwischen 1984 und 1989 führten irreguläre Abbaumethoden zu einem weiteren Verlust von ca. 14,5 Mrd. Yuan.

Während drei Jahren soll eine umfassende Erfassung aller staatseigenen, kollektiven oder individuellen Zechen durchgeführt werden. Bescheinigungen werden ausgestellt an jene, die qualifiziert sind. Die Gesetzgebung, Verwaltung und Überwachung über den Schutz der mineralischen Ressourcen wird verstärkt.

Die Dispute über die 110 großen Zechen, deren Eigentumsverhältnisse noch nicht geklärt sind, wurden als harte Nuß bezeichnet. Zur Lösung dieser Frage sei eine enge Koordination zwischen den zuständigen Ministerium vonnöten.

Die Reform der Dorf- und Privatzechenunternehmen wird weiterhin als besonders wichtige Aufgabe angesehen.

hen. Diesen Unternehmen wird es nur gestattet, ihre Zechen auszubeuten, falls sie die notwendigen Technologien besitzen, um wissenschaftlichen Abbau betreiben zu können. Diese Unternehmen müssen auch über Ausrüstungen und Einrichtungen verfügen, um Unfälle bekämpfen und die Sicherheit garantieren zu können. (CD, 14.7.90) -lou-

\*(32)

### Konsumverhalten der Städter

In der zweiten Hälfte des Jahres 1989 stiegen die Bankeinlagen sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten. Dieser Trend wirkte sich auch 1990 fort, und zwar trotz eines Einschnitts bei den Zinsraten. Die Umsätze industrieller Produkte stiegen nicht wie erwartet an. Die sich daraus ergebende Frage lautet, wie die Mehrzahl der städtischen Bewohner, die die meisten der Bankeinlagen halten, zukünftig dieses Geld ausgeben wollen.

In der Ausgabe vom 21. Juni 1990 berichtete die Beijinger Zeitung *Finanznachrichten* über eine kürzlich stattgefundene repräsentative Umfrage. Diese Umfrage wurde durch eine Gruppe des Zentralen Statistischen Amtes in der südwestlichen Stadt Chongqing durchgeführt. Chongqing ist eines der größten städtischen Zentren in Westchina.

Aus der Untersuchung geht hervor, daß hochwertige dauerhafte Konsumgüter in der ersten Reihe jener Dinge stehen, wofür die Menschen sparen. Ca. 22,3% der Befragten erklärten, daß sie immer noch ihre Ersparnisse für beispielsweise Farbfernsehgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen, Videorekorder oder Möbel ausgeben wollten.

67% dieser genannten Gruppe erklärten, daß sie noch nicht eines dieser Güter besessen hätten, was sie nun kaufen wollten. Die verbleibenden 33% sagten, sie planten einen Ersatz älterer Güter.

20% der Befragten erklärten, daß sie Geld ansparen für die künftige Hochzeit der Kinder.

Nahezu 10% erklärten, daß sie einen Teil ihrer Ersparnisse für Reisen in den kommenden zwei Jahren ausgeben

würden. Viele der künftigen Touristen waren Pensionäre, neuverheiratete Paare und Familien mit einem Kind.

Weitere 20%, meistens Pensionäre, erklärten, daß sie Geld für den Notfall sparten. Da ihre Pensionen geringer wären als ihre früheren Gehälter, müßten sie Geld für Eventualitäten sparen. Ein Befragter antwortete, daß manche Rentner auch einen Teil der zunehmend teurer werdenden medizinischen Behandlung zahlen müßten.

Jene, die erklärten, sie würden ihre Ersparnisse für die Ausstattung ihrer Wohnungen verwenden, machten 11,1% derjenigen aus, die geantwortet hatten.

Von den verbleibenden 16,6% erklärte eine beträchtliche Anzahl, sie würde Geld für die künftige Erziehung der Kinder bzw. deren Anstellung sparen.

Nach der gegenwärtigen Bildungspolitik sind nur symbolische Schulgelder für Mittelschulstudenten zu entrichten; Collegestudenten zahlen kein Schulgeld. Jene jedoch, die sich um die Zulassung bewerben, müssen anspruchsvolle Eingangsexamen bestehen. Die Konkurrenz um die Zulassung zu den erstklassigen Hochschulen und Colleges ist besonders groß. Jene, die bestimmten Erfordernissen nicht entsprechen, können immer noch aufgenommen werden, falls sie das Schulgeld aus ihrer eigenen Tasche zahlen wollen.

Ein Befragter erklärte, er fürchte, daß sein Sohn nicht in der Lage sein werde, die Aufnahmeprüfung für eine angesehene Oberschule bzw. ein College zu bezahlen. Er würde die Zulassung für seinen Sohn kaufen. Dies würde ihn dazu zwingen, den Gürtel enger zu schnallen.

Die Umfrage ergab auch, daß einige der städtischen Sparer ein Auge auf Wertpapiere geworfen hatten. Im Verlaufe der Vertiefung der Wirtschaftsreformen ist eine steigende Anzahl von ihnen daran interessiert, diesen neuen Markttyp zu erobern, obgleich dieser Markt sich noch im Anfangsstadium befindet.

Laut Umfrage waren diese Menschen willens, staatliche Schatzbriefe, Schuldverschreibungen sowie Obligationen zu kaufen, die von Unterneh-

men begeben werden. Diese Menschen glauben, daß sie garantierte Zinsen erhalten können.

Die Zeitung *Finanznachrichten* rief die Behörden auf, den Ergebnissen aus der Umfrage in Chongqing große Aufmerksamkeit zu schenken, weil die Verhältnisse als typisch für die Vorstellungen aller Stadtbewohner angesehen werden. Um den Markt wieder aus seinem Tal herauszuführen, müßten die Industrie- und Handelsunternehmen ihre Produktzusammenstellung anpassen und mehr marktfähige langlebige Konsumgüter liefern. (CD, 5.7.90) -lou-

---

## Taiwan

---

\*(33)

### Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien

Gleich nach der Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der VR China hat die Regierung Taipei am 22. Juli die "Unterbrechung" (Zhungzhi) ihrer diplomatischen Beziehungen zu dem Königreich erklärt. (LHB, 23.7.90) Wie berichtet, hat die Regierung unter Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) seit dem vergangenen Jahr einen neuen Kurs der "pragmatischen" (Wushi) oder "flexiblen" (Tanxing) Diplomatie eingeschlagen, d.h. Abrücken vom Anspruch auf Alleinvertretung für Gesamtchina. Offiziell oder verbal wird das Ein-China-Prinzip zwar nach wie vor nicht aufgegeben, doch ist man bereit, diplomatische Beziehungen zu jedem Land aufzunehmen, das auch diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhält, oder in eine internationale Organisation einzutreten, zu der Beijing auch gehört.

Die neue Außenpolitik zeigte zuerst große Wirkung in zahlreichen kleinen und armen Staaten, weil Taiwan neben der "flexibleren" außenpolitischen Strategie zusätzlich großzügige Wirtschaftshilfe anbietet. So hat Taiwan in einem kurzen Zeitraum diplomatische Beziehungen zu fünf Ländern aufgenommen, nämlich Grenada, Liberia, Belize, Lesotho und Guinea-Bissau. Beijing wurde gezwungen, seine di-